

# Pressedienst

## Offener Brief an Kultusminister: Regel- und Förderschulen nicht gegeneinander ausspielen!



„Wie einige Staatliche Schulämter über die geplanten Neuerungen berichten, ist aus unserer Sicht mehr als befremdlich“, stellt der Landesvorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) Hessen, Stefan Wesselmann fest: „Das gleicht eher Desinformation als Information!“

Zum Hintergrund: Der Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung sieht vor, dass Grundschulen mit mehr als 250 Schülern und Schülerinnen künftig feste Förderschullehrkräfte zugewiesen bekommen. (Derzeit teilen sich v.a. kleine Grundschulen eine/n vom Beratungs- und Förderzentrum entsandte/n Förderschullehrer/in, an größeren Schulen sind in der Regel mehrere Förderschullehrkräfte mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten im Einsatz.)

### Ein düsteres Bild, das abschrecken soll?

Ein Erlass zur Umsetzung der o.g. Koalitionsvereinbarung ist noch nicht bekannt, trotzdem informieren einige Staatliche Schulämter bereits jetzt Kollegien und Schulleitungen über die bevorstehenden Änderungen – und zwar auf eine Weise, die Unruhe und Besorgnis unter den Förderschullehrkräften und Grundschulleitungen auslöst.

Konkret: Über die Folgen des Erlasses wird schon im Voraus ein düsteres Bild gezeichnet – u.a. durch die Behauptung, dass Grundschulen selbst Stellen für die Förderschullehrkräfte ausschreiben müssten, die sie dann wegen des Lehrermangels aber womöglich nicht mit ausgebildeten Lehrkräften besetzen könnten. Diese eine Förderschullehrkraft müsse dann alle Förderschwerpunkte abdecken. Für die Organisation einer Vertretung (z.B. bei Krankheit, Mutterschutz, Elternzeit) trage die Grundschule ebenfalls die alleinige Verantwortung. „Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Grundschulen auf jeden Fall davon abgehalten werden sollen, das neue Angebot einer festen Förderschullehrkraft anzunehmen“, fasst Wesselmann die Wahrnehmung vieler Kolleginnen und Kollegen zusammen.

Mit einem Offenen Brief an Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz macht der VBE Hessen sein Befremden über dieses Vorgehen deutlich. Zudem warnt der Landesvorsitzende Wesselmann davor, die Koalitionsvereinbarung zur festen Zuweisung von sonderpädagogischen Lehrkräften umzusetzen, ohne die Bedürfnisse der Schulen sowie der Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen.

Die getätigten Darstellungen sowie die Kritik des VBE Hessen können Sie im Detail dem Offenen Brief entnehmen, der auf dieser Homepage in der Rubrik Aktuelles – Material eingestellt ist.